

Abschaffung der Studiengebühren für Studierende aus dem Nicht-EU-Ausland dringend notwendig

agvChemie Standpunkt. Positionen zu Themen.

Aufgrund des demografischen Wandels wird sich der Fachkräftemangel in den kommenden Jahren weiter verschärfen. Dies gilt insbesondere für den MINT-Bereich (MINT steht für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik). Ohne Zuwanderung aus dem Ausland kann der Bedarf kaum gedeckt werden. Umso unverständlicher ist es, dass Baden-Württemberg als einziges Bundesland weiterhin Gebühren in Höhe von 1.500 Euro pro Semester für Studierende aus dem Nicht-EU-Ausland erhebt. Dies ist ein klarer Nachteil für die Hochschulen, die Wirtschaft und letztendlich für das Land.

Bislang ist die Abschaffung der Studiengebühren für Studierende aus dem Nicht-EU-Ausland an der Finanzierung gescheitert. Eine aktuelle Studie des

Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln legt jedoch nahe, dass sich die Ausbildung international Studierender für die öffentliche Hand je nach Annahme zu den Bleibequoten bereits zwei bis fünf Jahre nach Studienende amortisiert. Daher fordert ChemieBW keine Zeit mehr zu verlieren und die Studiengebühren für Studierende aus dem Nicht-EU-Ausland zeitnah abzuschaffen.

Zugewanderte Studierende können zur Deckung des Fachkräftebedarfs beitragen, die Forschung und Innovation an Hochschule und in den Unternehmen fördern und somit zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts beitragen. Dieses Potenzial muss möglichst schnell ausgeschöpft werden.

HINTERGRUND

Mit gerade einmal 11 % ist der Anteil an international Studierenden in Baden-Württemberg im bundesweiten Vergleich relativ gering. Dies belegen Zahlen des Statistischen Landesamts vom September 2024. Deutschlandweit liegt der Anteil bei 12 %. Den mit Abstand höchsten Anteil international Studierender hat demnach Berlin mit 20 %. Vor diesem Hintergrund fordern die Unternehmer Baden-Württemberg (UBW) und der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) seit langem die Abschaffung der Studiengebühren für Nicht-EU-Studierende.